

PRESSEAUSENDUNG uniko 23.9.2008

Rektoren warnen vor einem Beschluss des Uni-Pakets vor der NR-Wahl

Die Plenarversammlung der Österreichischen Universitätenkonferenz fordert den Nationalrat auf, den Antrag 890/A zum Universitätsgesetz 2002 nicht vor der kommenden Nationalratswahl zu beschließen. Durch die Verknüpfung eines weitgehenden Entfalls der Studienbeiträge mit der Aufhebung der Zugangsbeschränkungen in bestimmten Fächern würde eine unhaltbare Situation entstehen. Beispielsweise würde die Schaffung von 1050 zusätzlichen Studienplätzen im Fachbereich Medizin die Gründung einer zusätzlichen Medizinischen Universität erfordern, was jährliche Mehrkosten von wenigstens 400 Millionen Euro jährlich bedingen würde. Eine Lösung dieser Fragen bedarf einer genauen und seriösen Diskussion, die nicht innerhalb weniger Tage zu führen ist.

Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt
Präsident der Österreichischen Universitätenkonferenz

Rückfragehinweis:
Manfred Kadi
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Österreichische Universitätenkonferenz
Lichtensteinstraße 22
1090 Wien
Tel.: +43 (0)1 310 56 56 - 24
Fax: +43 (0)1 310 56 56 - 22
Email: manfred.kadi@uniko.ac.at
Homepage: www.uniko.ac.at